

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblattband“
Schalter-Halle geöffnet von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertraut:

„Tagblattband“ Nr. 6650-58.
Von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.20 monatlich, M. 3.60 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn. M. 4.80 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, einschließlich Beleglohn. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Zeitung“ 18, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 25 Wp. für deutsche Anzeigen; 35 Wp. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Wp. für deutsche Anzeigen; 2.50 Wp. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Reduktion. — Abrechnung: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an sonntagsbelebten Tagen und Wägen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatt: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Lügow 6202 und 6203.

Montag, 7. Januar 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 10. • 66. Jahrgang.

Der Fortgang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

L. Berlin, 7. Jan. (Fig. Drahtbericht, ab.) Trotz ist an der Spitze der russischen Delegation heute früh in Brest-Litowsk eingetroffen, wo die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß das Verhalten der Volkskommissare während der Zwischenzeit nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Brest-Litowsk-Delegationen geblieben ist. Die nach den jüngsten Vorfällen eine etwas entschiedener Sprache führen müssen. Der Funkpruch der Petersburger Telegraphen-Agentur, welcher über die Haltung der Sowjet-Delegierten in Brest-Litowsk am 28. Dez. eine neuartige Darstellung verbreitete, war eine dreiste Fälschung der Tatsachen. Die Delegierten hatten zwar gewisse Bedenken gegen Punkt 1 und 2 der Brest-Litowsk-Antwort ins Feld geführt, keinesfalls aber in einer Weise protestiert, wie es das Funktelegramm der Petersburger Regierung darstellte. Dieses Verfahren, und dann auch das Ausschleichen der Delegation zur festgesetzten Zeit, haben in Deutschland verstört. Wenn dadurch auch sachlich nicht unsere Vorschläge über das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in den besetzten Gebieten berührt sind, so erklärt sich doch aus der unvernünftigen Stellungnahme der Volkskommissare die größere Zurückhaltung auf Seiten des Bundes. Die Verhandlungen mit den Delegierten der Ukraine, die, was wir ja ausdrücklich feststellen können, Bevollmächtigte der Rada in Kiew, also nicht der Gegenrevolutionäre, sind, nehmen einen zufriedensstellenden Verlauf.

Die abgelaufene 10tägige Frist.

Eine offizielle Feststellung der verbündeten Delegationen.

W.T.B. Brest-Litowsk, 6. Jan. Gestern Abend ist folgender Funkpruch in deutschem Klartext abgesandt worden:

„An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe in Petersburg.“

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Bundes am 28. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Zeitfäße für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Zeitfäße ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bestimmungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundfäßen eines sofortigen Friedens bekannt machen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen ist und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Gezeichnet: Der Vorsitzende der verbündeten Delegationen: v. Kuhlmann für Deutschland,

Graf Czernin für Österreich-Ungarn,
Popow für Rußland,
Reissin-Bei für die Türkei.

Ruhige Sicherheit.

Eine Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“

W.T.B. Berlin, 6. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Ruhige Sicherheit“ unter anderem: Der Zwischenfall von Brest-Litowsk, der in den Morgenblättern vom Samstag zum Teil schon abnorme und groteske Formen anzunehmen begann, ist durch die feste, aber in haltvolle Erklärung, die der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Buse im Auftrag des Reichskanzlers im Hauptauschuß abgegeben hat, auf den richtigen Weg zurückgeführt worden.

Die Verhandlungen sind mit nichts abgebrochen.

sie waren nicht einmal zeitweise ganz ausgef. Was vorliegt, sind einige Wünsche der Russen, die wider alle Form und Gebräuche vorgebracht wurden, deren Erfüllung dann prompt von unseren Vertretern abgelehnt wurde und die jetzt ordnungsgemäß, aber mit demselben Endergebnis besprochen werden dürften. Was dann weiter geschehen wird, entzieht sich jeder Voraussicht. Es wäre also wieder einmal besser gewesen, keinen Sturm im Wasserglase zu erzeugen, nicht gleich die Vorgänge in den grellsten Farben zu kleiden, sondern dessen eingedenk zu sein, daß eine Friedensverhandlung nach einem 3½-jährigen Kriege nicht mit den Formen eines Kaffeeklatsches sich abspielen kann, und daß diesem ersten Zwischenfalle manche andere folgen werden.

Wenn man gewissen Leuten glauben wollte, dann wäre der Freitag mit der Erklärung des Reichskanzlers der große Tag der politischen Reinigung gewesen, dann wäre an diesem Tage der chirurgische Schnitt gemacht worden, der unsere Politik wieder die Gesundheit gebracht, der unsere Friedensunterhändler auf den richtigen Weg gebracht hätte. Davon kann natürlich keine Rede sein. Unsere Vertreter sind von Berlin abgereist, aufrichtig in dem Vertrauen, dessen sie sich in der Weihnachtspause versichert hatten. Sie waren und sind willens, den Weg, der im Dezember schon zu nennenswerten Stationen geführt hat, im neuen Jahre weiter zu gehen, möglichst bis zum Ziele. Nicht wir waren es, die eine Störung verursachten, sondern die russischen Delegierten. Aber wenn schon irgendwo eine Schwankung festgestellt werden könnte, dann müßte man sie drüben suchen, wo die Bolschewiki-Regierung irgendeiner Regung oder Strömung nachgegeben hat. Vielleicht hat sie unter einer inneren Zwangsvorstellung den Versuch machen zu müssen geglaubt, ihrer Ideologie zum vollen Siege zu verhelfen, vielleicht sind sie aber auch den Westmächten ins Garn gegangen. Für die erste Möglichkeit spricht vor allem die schnelle Bereitwilligkeit, nach Brest-Litowsk zu kommen, als ein entgegengesetzter Widerspruch die versprochenen Hoffnungen gleich totschlug. Die zweite Möglichkeit ist auch heute noch nicht aus dem Auge zu lassen, da England alle Mienen hat, seinen alten, um den Garten Friedensbaum zu verdrängen, Verhängnis toll wäre das nur für Rußland, dessen zweite Revolution dann wohl das Schicksal der ersten finden würde.

Alles das können wir ruhig sich entwickeln lassen. Unsere Heere stehen auf der Wacht, und daß auch die Politik den richtigen Kurs steuert, ist in den letzten Monaten immer deutlicher geworden.

Wenn heute der russischen Regierung gesagt wird, bis hierhin und nicht weiter, wenn wir ihr bedenken, daß auch wir ein Mindestprogramm und ein Mindestkriegsziel haben, dann geben wir damit nicht irgendwelchen Machtgelüsten die Oberhand.

Nein, wir befinden uns nur, daß wir zumindest in diesem Sandel nicht die Schwächeren sind, die zu allem Ja und Amen sagen müssen. Wir erinnern uns in diesem Augenblick auch einmal, wie sich der Reichskanzler ausdrückte, unserer Machtstellung, aber wir haben nicht auf unser Schwert und unsere Macht, sondern betonen gleichzeitig unsere innere Gesinnung, die wir den Russen auch heute noch betonen wollen, und unser gutes Recht, das uns in dieser Stunde den glücklichen Gleichmut gibt, abzuwarten, ob die Russen bei ihrer Gesinnung bleiben oder abgleiten.

Local wie bisher wollen wir weiter verhandeln, wenn die Bolschewiki zu den Tatsachen zurückfinden, die zum Frieden führen. Kühl werden wir unserer Stärke vertrauen, wenn die russischen Vertreter in irgendeiner Form den Anschluß an die unsere Vermittlung bezweckenden Pläne der Westmächte erstreben.

General Ludendorff.

W.T.B. Berlin, 7. Jan. (Amstsch.) Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß ein Entlassungsgeßuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

Kein Grund zur Beunruhigung.

— Berlin, 7. Jan. (ab.) Der Reichskanzler empfing laut „L.A.“ gestern eine Reihe von Fraktionsführern, denen er ein durchaus beruhigendes Bild über die gegenwärtige politische und militärische Lage zu geben in der Lage war. Auch eine Reihe von Persönlichkeiten, deren Namen in einer Weise erwähnt wurden, daß jeder einseitige Grund zur Beunruhigung als zugehörig angesehen werden kann.

Lloyd George über die Kriegsziele.

Das alte Lied in neuer Tonart.

W.T.B. London, 6. Jan. Lloyd George berief gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab ihnen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er nach einem Hinweis auf die „kritischsten Stunden dieses Weltkrieges“ u. a. folgendes sagte: Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk, das von seinen Führern überzogen worden ist, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die auf die Zerstörung Deutschlands aus sind. Das ist nicht der Fall; eine Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals (?) unser Kriegsziel, vom ersten Tage des Krieges bis heute (!). Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt. Deutschland hat eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in der Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenkten, damit es alle seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widmet.

Ebenso kämpfen wir nicht, um Österreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer Hauptstadt und der reichen berühmten Besitzungen in Kleinasien und Thrazien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berauben. Ebenfalls sind wir in den Krieg eingetreten, lediglich um die Verfassung des Deutschen Reichs abzuändern oder zu zerstören. Das ist eine Sache, die das deutsche Volk zu entscheiden hat.

Die Erklärung Czernins, die dieser am 28. Dez. 1917 namens Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgegeben hat, ist bedauerlich unbekannt mit klingender Worte allein über die Forderung: „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“ oder „Recht auf Selbstbestimmung“ sind gewollt. Bevor irgendwelche Verhandlungen überhaupt begonnen werden können, müssen sich die Mittelmächte der wesentlichen Tatsachen der Lage bewußt werden. Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer voranzustellen haben, sind:

die vollständige Wiederaufstellung Belgiens und eine solche Entschädigung für seine verwüsteten Städte und Provinzen, wie sie geleistet werden kann.

So lange das internationale Recht nicht durch das Beharren auf Zahlung von einem Schaden, der in Nichtachtung seiner Grundlagen zugefügt wurde, anerkannt worden ist, kann es niemals Wirksamkeit sein.

Als nächstes kommt

die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumaniens und die vollständige Zurückziehung der feindlichen Armeen.

Das Wiedergutmachen von Unrecht ist die grundlegende Bedingung für einen dauernden Frieden.

Wir wollen bis zum Untergang an der Seite der französischen Demokratie in deren Verlangen auf Wiedergutmachung des großen Unrechts von 1871 stehen,

als ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reich während eines halben Jahrhunderts einverleibt wurden. Und bis dieses nicht geheilt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten, kann es keine bessere Illustration der törichten Bosartigkeit geben, einen vorübergehenden militärischen Erfolg zur Vergewaltigung des nationalen Rechts zu benutzen.

Ich will nicht versuchen,

die Frage der russischen Gebiete,

die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln. Rußland ist nunmehr dabei, ohne Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg gezogen hat, Sonderverhandlungen mit dem gemeinschaftlichen Feind zu führen. Ich mache keine Einwände, sondern führe lediglich die Tatsachen an. Niemand, der Preußen und seine Absichten auf Rußland kennt, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein. Was für Phrasen es auch immer gebrauche, um Rußland einzunehmen, es liegt nicht in seiner Absicht, eine der Provinzen und Städte Rußlands, die es jetzt besetzt hält, zurückzugeben.

Unter dem einen oder anderen Namen, welchem, ist ja gleichgültig, werden diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit einen Teil des preussischen Reichs bilden

und das übrige Volk Rußlands wird, teils durch blutende Worte verlockt, teils durch die Drohungen über die Fortsetzung des Krieges gezwungen, in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und politischer Sklaverei getrieben werden. Wir alle bedauern diese Absicht.

Lloyd George erklärt sich dann für ein unabhängiges Polen, für Selbstregierung der Völker in Österreich-Ungarn, für die natürlichen Ansprüche der Italiener und Rumänen, und für Anerkennung der besetzten nationalen Bewegungen in Arabien, Armenien, Mesopotamien, Spanien und Palästina. Lloyd George schließt dann fort:

